

Erklärung des Erweiterten Präsidiums des Vorarlberger Landtags zum von Präsident Putin befohlenen militärischen Angriff auf die Ukraine

In der heutigen Sitzung hat das Erweiterte Präsidium des Vorarlberger Landtags, in dem der Präsident, die Vizepräsidentinnen und alle Obleute der Landtagsklubs vertreten sind, folgende Erklärung zum russischen Angriff auf die Ukraine gefasst:

„Der von Präsident Vladimir Putin befohlene militärische Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine sowie der bewusste Angriff auf zivile Einrichtungen und Zivilpersonen ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und steht in direktem Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen. Der durch nichts gerechtfertigte Angriff Russlands auf den souveränen Nachbarstaat Ukraine beendet eine langjährige Friedensphase in Europa.

Das Erweiterte Präsidium des Vorarlberger Landtags fordert Präsident Putin auf, die Gewaltanwendung gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen, von jeder weiteren Androhung von Gewalt gegen die Ukraine abzusehen und die russischen Truppen unverzüglich abzuziehen.

Der Krieg in der Ukraine ist auch ein Angriff auf die liberale und demokratische Werteordnung Europas. Nichtsdestotrotz ist aufgrund der geopolitischen Situation ein direktes militärisches Eingreifen durch die EU oder die NATO in der Ukraine undenkbar. Das ist einerseits gut, weil ansonsten wohl ein kriegerischer Flächenbrand drohte, andererseits aber auch ein Zeichen der Ohnmacht und Hilflosigkeit gegenüber einer gewaltbereiten Großmacht.

Umso wichtiger ist es – neben den von der EU rasch und einhellig auf Schiene gebrachten Wirtschaftssanktionen – gegenüber der Bevölkerung der Ukraine und der demokratisch gewählten Regierung des Landes unmissverständliche Zeichen der Solidarität zu setzen und den ukrainischen Kampf um Selbstbestimmung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausdrücklich zu unterstützen. Diese Erklärung des Vorarlberger Landtags soll ein solches Zeichen sein.

Der Landtag dankt allen Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern für alle Geld- und Sachspenden und befürwortet die Koordination aller Hilfsaktionen durch das Land Vorarlberg und das Rote Kreuz. Vorarlberg wird im Rahmen seiner Möglichkeiten Menschen, die aus der Ukraine flüchten müssen, Schutz gewähren. Die dazu nötigen Maßnahmen werden in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen auf Bundesebene sowie den benachbarten Staaten und den EU-Mitgliedsländern gesetzt.

Die im Landtag vertretenen Parteien bekennen sich zum Prinzip der in der Verfassung verankerten umfassenden Landesverteidigung. Diese beinhaltet auch einen funktionierenden Zivilschutz. Der militärische Angriff auf die Ukraine zeigt leider deutlich auf, wie rasch – auch in Europa – aus Frieden Krieg werden kann. Zudem macht der Angriff deutlich, wie wichtig es ist, die Energie-Abhängigkeit von nicht berechenbaren und vor keinem Gewaltmittel zurückstehenden Staaten zu reduzieren und die Energieautonomie Vorarlbergs wirksam und konsequent voranzutreiben.“